

Die „Streife“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“.

Die abendliche Ausgabe der „Streife“ oder deren Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Inlandsteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Inlandsteuer.

Redaktion: Fernsprecher Dönhofs 4190, 4191 und 4192, Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Streife

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Herabsetzung der Ausgleichszahlungen?

Das Gesuch der Deutschen Regierung, die Ausgleichszahlungen herabzusetzen, wurde, wie mitgeteilt, von Frankreich scharf abgelehnt. Es sei in Erinnerung gebracht, um was es sich handelt. Durch gemischte Schiedsgerichtshöfe wurden die Zahlungen festgesetzt, die Deutschland Privaten zu leisten hat für Schäden, die ihnen durch unnötige Kriegsmassnahmen deutscher Offiziere zugefügt wurden.

Neuer erfährt, daß Lloyd George Poincaré eingeladen habe, sich mit ihm am 7. August in London zu treffen. Lloyd George schlägt vor, die Beratungen auf die Reparationsfrage zu beschränken. Es heißt, daß auch Italien und Belgien eingeladen werden sollen, Vertreter zu entsenden.

Die Antwort der belgischen Regierung auf die deutsche Note betr. die Ausgleichszahlungen lautet:

Die belgische Regierung wird sich über den Antrag auf Herabsetzung der an die Ausgleichsämter zu leistenden Zahlungen sowie gleichzeitig über das Gesuch um Gewährung eines Moratoriums äußern. Sie erklärt indessen schon jetzt ihre Absicht, dem Friedensvertrag gemäß den Reparationszahlungen den Vorrang vor allen anderen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu geben.

Die deutsche Antwort an Frankreich fertiggestellt

In der Kabinettsitzung, zu der die Reichsregierung am Montag, mittags um 12 1/2 Uhr zusammengetreten war, wurde von den Mitabgeordneten der Reichsregierung, wie die V. B. N. von zehnjähriger Erfahrung, nur der Entwurf der deutschen Antwort an die französische Regierung wieder kurz zuvor in einer Besprechungsung am 12. Juli durchberaten worden war, zur Kenntnis genommen. Nach dieser kurzen Kabinettsitzung trat dann nachmittags um 3 1/2 Uhr das Reichskabinett nochmals zu einer Sitzung zusammen, in der dann die Antwort auf die französische Note endgültig festgestellt wurde.

(D.A.) Berlin, 31. Juli. Für die Auffassung der deutschen Regierung, die in der Note auch klar zum Ausdruck gebracht werden soll, daß nämlich die Abtrennung der Frage der Ausgleichszahlungen als einer Einzelfrage von den zurzeit noch von der Reparationskommission behandelten Fragen der Reparationszahlungen und der deutschen Leistungsfähigkeit nicht angebracht ist, kann sich die deutsche Regierung mit Freigabe und Recht auf die in Berlin jetzt vorliegende Antwort der belgischen Regierung stützen, die ebenfalls die einheitliche Behandlung des gesamten Fragenkomplexes zur Voraussetzung hat. In der belgischen Note wird ausdrücklich eine Neuklärung der belgischen Regierung sowohl über die Frage der Herabsetzung der Ausgleichszahlungen wie über das Moratorium in Aussicht gestellt, womit Belaien klar zu erkennen gibt, daß es eine Trennung dieser Fragen nicht für möglich hält. Damit ist im wesentlichen der voraussichtliche Inhalt der deutschen Antwort umschrieben. Die deutsche Regierung wird noch einmal betonen, daß nach ihrer Auffassung ein Auseinanderreißen und eine getrennte Behandlung der Reparationszahlungen und der Nebenleistungen aus dem Clearingverfahren nicht möglich erscheint. Diese Stellungnahme lautet natürlich im wesentlichen auf eine Ablehnung der französischen Forderungen hinaus.

Der Bericht des Garantiekomitees

EP. Paris, 31. Juli. Der „Temps“ teilt mit, daß das Garantiekomitee seinen Bericht an die Reparationskommission noch nicht überreicht habe. Es müsse aber gesagt werden, daß die Informationen über diesen Bericht veröffentlicht werden, unrichtig sind. Der Bericht mache in der Tat keine Vorschläge über die Sanierung der deutschen Finanzen, sondern spreche sich ausschließlich über die Kontrolle der deutschen Einnahmen und Ausgaben, die Verhütung der Kapitalflucht und die Statistik aus. Der noch zu veröffentlichende Bericht wird über die Arbeiten der drei Unterkommissionen sprechen und sich mit der Zwangsleihe beschäftigen. Gegenwärtig wird

an der endgültigen Ausarbeitung des Berichtes gearbeitet, und man hofft, ihn im Laufe der nächsten Woche zum Abschluß zu bringen.

Neuer griechisch-türkischer Zusammenstoß

(EE.) Paris, 31. Juli. Ein neuer Zusammenstoß zwischen griechischen Irregulären und türkischer Gendarmerie ereignete sich, wie der „Temps“ meldet, in der Umgegend von Tschadalka. Dabei wurden die Griechen aus der neutralen Zone hinausgeworfen. Die Nachricht von einem griechischen Vorrücken auf Konstantinopel rief in der Stadt große Beunruhigung hervor. Ein Teil der Familien, die die europäischen Küste bewohnen, verließen ihre Wohnungen, um auf die asiatische Seite des Bosphorus überzusiedeln. Die Polizei mußte Maßnahmen ergreifen, um Unordnungen zu vermeiden. Die Griechen von Pera veranstalteten mehr oder minder offene Kundgebungen gegen die türkische Bevölkerung.

(EE.) Konstantinopel, 31. Juli. General Townsend verließ gestern Angora, um nach London zurückzukehren. Er erklärte Zeitungsvertretern, daß er der türkischen Nationalversammlung für den ihm bereiteten Empfang sehr dankbar sei. Die Türkei sei hart und mächtig. In privater Weise habe er an der Wiederherstellung des Friedens mit durchaus befriedigendem Erfolg gearbeitet. Er sei überzeugt, daß ein rascher Friede möglich wäre, wenn die griechischen Streitkräfte sofort die von ihnen in Kleinasien besetzten Gebiete räumten, und wenn diese Gebiete den Türken zurückgegeben würden.

Die italienische Krise Eingreifen der Sozialisten

(EP.) Rom, 31. Juli. Laut „Prese“ planen die Sozialisten, wenn sich nicht eine Regierung zustande kommt, die die Autorität wieder herzustellen weiß, gleichzeitig alle Provinzial- und Gemeindevormaltungen mit sozialistischen Mehrheiten zurücktreten zu lassen, wie es bereits in 41 Städten der Provinz Gromana gescheh. Ebenso würden die Deportierten zurücktreten. Parteigewerkschaften würden auf Grund eines Bündnisses aller Parteien der äusseren Linken zum Kampfe gegen das Regime neu geordnet.

Die Regierungskrisis bezieht heute noch so wie vor acht Tagen. Die Sozialisten lehnen die Beteiligung an einer Regierung, in der auch Faschisten sitzen, ab. Für ein Kabinett der Linken sind aber die Wege noch nicht frei.

Zur Streikbewegung in Italien

(EP.) Mailand, den 31. Juli. Der Generalstreik in Ravenna hat aufgehört. In der Provinz Romagna herrscht wieder Ruhe. Der größte Teil der Faschisten, die vom Lande in die Stadt gekommen waren, ist wieder abgerückt. Dagegen blieben große Truppenabteilungen in der Stadt zurück. Die Unruhen in Ravenna haben 12 Menschen das Leben gekostet.

Vor dem Ende des Eisenbahnerstreiks

London, 31. Juli. Neuer meldet aus New York, in Anbetracht der genauen Kenntnis über die Streiklage hätten, werde verhängt, daß über die Friedensbedingungen im Eisenbahnerstreik infolge der Bemühungen des Präsidenten Harding bereits eine Einigung erzielt worden sei. Es bleibe zur Beendigung des Streikes nur noch übrig, daß die Bedingungen morgen endgültig auf der Versammlung der Vollzugsausschüsse der Eisenbahner und auf der Versammlung der Streikführer in New York, bzw. in Chicago, angenommen würden.

Deutsche Arbeiter beim Wiederaufbau Frankreichs?

(EP.) Paris, 31. Juli. Das Programm, das der französische Arbeitsminister Le Troquer anarbeitete und wonach große Arbeiten von allgemeinem Interesse von deutschen Arbeitern mit deutschem Material ausgeführt werden sollen, wird, wie der „Temps“ berichtet, zur Zeit von dem Dienstzweig der Reparationskommission studiert, der sich mit den Rückforderungen in natura befaßt. Die Schlussfolgerungen dieses Dienstzweiges sollen demnächst der Reparationskommission vorgelegt werden.

Ungarische Krone und deutsche Mark

Budapest, 31. Juli 1922. In der Nationalversammlung befaßte sich Finanzminister Rakos mit dem Kursrückgang der ungarischen Krone und sagte u. a.: Diese Erscheinung wird durch keinerlei innere Verhältnisse gerechtfertigt. Weder der Zustand des Staatshaushaltes noch die allgemeine Wirtschaftslage oder die Lage des Außenhandels und der Industrie würden hierfür eine annehmbare Erklärung liefern. Es muß daher angenommen werden, daß dies eine Folge des Kursrückganges der deutschen Mark ist, was wiederum auf die Reparationspolitik der Entente zurückzuführen wird.

Teuerung und Presse

Mit dem Elend der Bevölkerung steigt auch die Not der Presse. Von Monat zu Monat müssen Erhöhungen des Abonnementspreises vorgenommen werden. Trotzdem gelingt es in zahlreichen Fällen nicht, die Existenz der Presse sicherzustellen. Erst vor wenigen Tagen mußten wir berichten, daß nach dem Ausweis des 12. Nachtrages der amtlichen Zeitungspreiskliste für 1922 wiederum 226 Zeitungen ihr Erscheinen eingestellt haben. Das gleiche Los ist sicher noch vielen anderen Zeitungen beschieden. Am ehesten werden davon die politischen Zeitungen betroffen, die nicht durch große Inserateinnahmen einen beträchtlichen Teil ihrer Unkosten decken können.

Neben all dem macht sich auch in Deutschland eine Entwicklung bemerkbar, wie wir sie in England und Amerika seit langem haben. Es bilden sich große Verlagskongerze heraus, die zahlreichen Blätter erscheinen lassen. Sie nennen sich parteilose Blätter. Soweit sie überhaupt Politisches in ihren Spalten bieten, suchen sie vorher die Stimmung des Publikums herauszufühlen und dann in der Zeitung mit ihren hiernach abgestimmten Artikeln größten Anklang zu finden. Solche Zeitungen sind zum Teil, vom technischen Standpunkt aus betrachtet, nicht schlecht redigiert. So ein Kongerz pflegt auch manchmal sich den Luxus einiger politischer Blätter zu leisten, die mit großem Fleiß arbeiten. So steht es zum Beispiel mit der Londoner „Times“, die dem Northcliffe-Kongerz einen schönen Wagen Geld kostet, dafür aber Northcliffe selbst den Nimbus eines großen machtvollen Politikers gibt.

In Deutschland ist es Stinnes, der auf dem besten Wege ist, sich die öffentliche Meinung durch zahlreiche Presseunternehmungen zu unterwerfen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist neben unzähligen anderen Zeitungen auch sein Blatt. Das er, darin den ehemaligen radikalsten Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, jetzigen sinnesfrommen Professor Dr. Paul Lenz beschäftigt, daß er sogar die „andere bewährte“ Redakteure, die mit Lenz nicht zusammen arbeiten wollten, kristlos entließ, hat gewiß nicht zuletzt auch seine politischen Gründe. Das ist der Weg, auf dem man neue Leser in seinen Bann zu ziehen sucht. Im übrigen ist Stinnes auch bereit, materielle „Opfer“ für seine Ideen zu bringen.

Wie ganz anders steht die Arbeiterpresse da. Ihr stehen keine anderen Mittel, als die Abonnements- und Inseratengelder zur Verfügung. Arbeiterblätter sind daher sehr bald gezwungen, durch Erhöhung der Abonnementsbeiträge den gestiegenen Ausgabeetat zu decken. Die Leser der Arbeiterpresse sind zugleich aber auch am wenigsten in der Lage, die ins Riesenhafte gestiegenen Bezugspreise für Zeitungen zu zahlen. Aus diesem Widerspruch ergibt sich die Gefahr, daß immer größere Kreise der Arbeiter der politisch indifferenten Presse verfallen. Diese Tendenz wird noch dadurch verstärkt, daß gar mancher Leser glaubt, was die sogenannte „parteilose“ Presse an Abonnementsbeiträgen leisten kann, müsse auch die Arbeiterpresse leisten können.

Suchen wir uns ein Bild zu machen von den gewaltigen Steigerungen all der mit der Herstellung einer Zeitung verbundenen Kosten. Das Papier war bis zum Juni gegenüber den Friedenspreisen um das 70fache gestiegen und hat im Juli eine Steigerung auf das 100fache erfahren. Druckfarbe kostete im Juni das 4fache, im Juli dagegen das 6fache. Rohle erforderte im Juni das 6fache der Friedensausgabe und verschlang im Juli das 12fache. Die Löhne waren im Juni auf etwa den 2fachen Friedensfuß gestiegen und haben jetzt eine weitere Steigerung auf 47fache erfahren.

Schon seit langem wurde der Reichstag angewiesen, um dieser seit langem wachsenden und hinsichtlich der Korruption der öffentlichen Meinung katastrophalen Entwicklung entgegenzuwirken. Dem Wucher auf dem Papiermarkt muß entgegengetreten werden. Der Reichstag beschloß, der Presse nach Kräften zu helfen. Die Regierung legte einen Gesetzentwurf vor, durch den Mittel zur Unterstützung der notleidenden Presse beschafft werden sollen. Der Reichstag ließ ihn trotz seiner Unzulänglichkeit gut. Danach ist von der Ausfuhr aller Waren, auch der ausfuhrfreien, ein Halb vom Hundert des Ausfuhrwertes an die Rückvergütungskasse für die deutsche Presse zu entrichten. Die Regierung wurde zugleich ermächtigt, Ausführbewilligungen von der Bedingung abhängig zu machen, daß ein besonderer Beitrag von 1% Prozent des Ausfuhrwertes an die genannte Rückvergütungskasse entrichtet wird. Aber die Beträge, die dadurch aufgebracht

werden, gleichen einem Tropfen auf einen heißen Stein. Zudem vergeht noch mancher Monat, ehe irgendwie für den Zweck nennenswerte Beiträge sich ansammeln können.

Inzwischen spreitet die Not der Presse mit Riesenschritten fort. Im ganzen Reich sind unausgesetzt Abonnementspreissteigerungen notwendig geworden. Wie die Verlegerorganisation mitteilt, werden auch die in Berlin erscheinenden Blätter für August ihre Bezugspreise beträchtlich erhöhen.

Angeichts der enormen Preissteigerungen für alle zur Herstellung einer Zeitung notwendigen Ausgaben wird es keinen Leser mehr verwundern, wenn trotz der schon erfolgten Erhöhung der Abonnementspreise unseres Blattes auch eine weitere Erhöhung sich nicht umgehen läßt. Die Erhöhung der Abonnementspreise ist bis jetzt weit hinter der Erhöhung der Preise für die zur Zeitungsherstellung wichtigsten Verbrauchsstoffe zurückgeblieben. Der Abonnementspreis dürfte als etwa 4mal so hoch als zu Friedenszeiten angesehen werden. Dem stellt man die Verteuerung des Druckpapiers, der Farben und der Kohle gegenüber. Besonders die Steigerung des Papiers macht den Zeitungen die Existenz schwer, da das Papier den größten Ausgabenposten bei der Herstellung der Zeitung überhaupteinmacht.

Die Hauptsache aber ist: eine Arbeiterzeitung ist mehr als bloß ein über die Tagesereignisse unterrichtendes Organ. Sie ist zugleich Wegweiser im proletarischen Kampf gegen den Kapitalismus. Unter keinen Umständen darf sie durch die wirtschaftliche Misere in ihren Aufgaben beschränkt oder gar gelähmt werden. Es ist daher Pflicht jedes Parteigenossen, auf die Ursachen der Zeitungsteuerung aufmerksam zu machen und auf die Gefahren hinzuweisen, die daraus für die Arbeiterbewegung entstehen, wenn die Arbeiterpresse einen Rückgang erleidet. Es ist ebenso die Pflicht aller Parteigenossen, unausgesetzt für die Erweiterung des Leserkreises und für die Verminderung der Arme der Indifferenten Sorge zu tragen.

Treibt Bayern Hochverrat?

Die bayerische Regierung hat auf Grund ihrer verfassungswidrigen, also ungesetzlichen Ausnahmeverordnung unser Münchener Parteiblatt, den „Sozialdemokrat“, auf sechs Tage verboten. In der betreffenden Nummer, die das Verbot herbeigeführt hat, wird der bekannte Heimatlandbrief an die bayerische Reichswehr abgedruckt. Sollte das der tiefere Grund für das Verbot sein? Oder läßt sich die bayerische Regierung getroffen, weil ihr in einem anderen Artikel der gleichen Nummer der Vorwurf des Hochverrats gemacht wird? Warum auf einmal so empfindlich? Bayern hat durch seinen Schritt den Bruch mit der Reichsverfassung vollzogen. Es hat ein mit zwei Dritteln Majorität beschlossenes Gesetz, dem selbst der reaktionäre Reichsrat, bis auf die Stimme Bayerns, seine Zustimmung erteilt, für das bayerische Hoheitsgebiet außer Kraft gesetzt. Diese Wandlung ist nichts weiter als der erste Schritt zur Selbständigmachung Bayerns, zum Abfall Bayerns vom Reich. Darüber sind sich nicht nur die sozialistischen Parteien einig, auch die Demokraten, die sich namhafte Führer der Deutschen Volkspartei mißbilligen die Haltung Bayerns auf das schärfste, nennen sie Verfassungsbruch oder, aber ich in der Art, wie er in Bayern vollzogen wurde, Hochverrat, denn er zerbricht die Reichseinheit, die gerade in dieser Stunde, schon aus wirtschaftlichen und außenpolitischen Gründen hochgehalten werden muß.

Die bayerische Regierung will eine republikanische Regierung sein, sie ist es aber nicht! Sie ist der Schrittmacher der Monarchie und tritt deshalb republikanisches Recht und Gesetz mit Füßen. Alle schönen Gesen nützen da nichts. Es mag den Nachbarn ja unangenehm sein, muß aber doch immer wieder gesagt werden, daß Bayern durch die Schuld seiner Regierung der Herd der Verschwörung und des politischen Verbrechertums geworden ist. Der Erzbergermord wurde in München beschlossen. Die Täter stammten aus München. Sie konnten nicht verhaftet werden, weil sie von München aus gewarnt, mit falschen Pässen verlorj und über die Grenze gebracht worden sind. Die Geheimorganisation C., die den Erzbergermord besah, hat ihren Sitz in München. Die bayerische Regierung hat nicht getan, die Genossenschaft auszuheben und sie dem Richter zuzuführen. So konnte dank dieser Tatsache ein Jahr später der Nord an Rathenau durch dieselbe Organisation ausgeführt werden. Unser Genosse Gareis wurde vor Jahresfrist in München ermordet. Keine Hand hat sich bisher gerührt, um die Täter zu fassen. Tugende von Nordenschlägen und Gewalttaten gegen republikanische Führer sind im letzten Jahre in Bayern verübt worden, aber in keinem Fall hat die Polizei die Täter gepackt und sie den Gerichten zur Verurteilung zugeführt. Diese Passivität der Regierung muß zwangslos immer weitere Verbrechen heraufbesuden, für die dann eben folgerichtig nur die Regierung verantwortlich zu machen ist.

Das festzustellen, mag der bayerischen Regierung wehe tun, aber es muß gesagt werden, weil für uns nicht das Gedeihen der Münchener Verschwörer, sondern die Existenz der Republik zur Entscheidung steht. Verhervorteile ändern an diesen Tatsachen nichts. Sie beweisen nur, daß die bayerische Regierung die Wahrheit zu fürchten hat.

Der Staatsgerichtshof in Tätigkeit

Leipzig, 31. Juli. Die erste Verhandlung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik findet unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt, des Leiters der Kriegsschuldigen-Prozesse, am 10. August statt. Als Richter nehmen die Reichsgerichtsräte Medner und Dr. Baumgarten, außerdem der frühere Reichsanwalt Behrensbad, die Reichstagsmitglieder Hermann Jaedel und Erkelenz teil. Verhandelt wird zunächst gegen den Archivar Karl Lann-Häffen und Genossen, den Kaufmann Julius Hengert-Körnberg, den Kapitän Edward Geertz-Hamburg, den Kaufmann Georg Buchler-Oppurg, den Studenten Manfred Pacher-Heidelberg und Genossen und gegen den Landwirtschaftsbevollmächtigten Rudolf Ziepel-Greifswald.

Schulunterricht im Geiste der Völkerverjöhnung

Eine Verfügung des preussischen Kultusministers
Der preussische Kultusminister, Dr. Boeltz, hat in einer Verfügung entschieden, daß der Artikel 148 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung, wonach der Unterricht „im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverjöhnung zu erteilen sei, bereits heute geltendes Recht darstelle (Amtlicher Teil des Zentralblattes für die gesamte Unterrichtsverwaltung Preussens, Heft 12, Jahrgang 1922). Wie wir erfahren, liegt dieser Verfügung folgender Vorfall zu Grunde:

Der Berliner Studientrat Dr. Erich Witte hatte in einer Eingabe an dem Berliner Provinzialschulkollegium das Recht für sich in Anspruch genommen, im Unterricht u. a. die folgenden Gegenstände zu behandeln, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet: „Das Problem des Völkerverbundes nebst dem Selbstbestimmungsrecht und dem Problem der internationalen Schiedsgerichte; das internationale Leben der Gegenwart; Aufklärung der Schüler über die Kulturwidrigkeit der Kriege.“ Das Provinzialschulkollegium entgegnete ihm, daß es politische Erörterungen dieser Art im Unterricht nicht billigen könne. In einer Zeit, in der sich die politischen Gegenkräfte so scharf ausprägen und sich so heftig auswirken wie in der jetzigen, sei es Pflicht jedes gewissenhaften Lehrers, im Unterricht alles zu vermeiden, was Andersdenkende verlegen könnte. Dr. Witte berief sich gegenüber dieser Antwort auf Artikel 148 Abs. 1 der Reichsverfassung, wonach der Unterricht im Geiste der Völkerverjöhnung zu erteilen sei. Gegenüber diesem Hinweis erklärte das Provinzialschulkollegium, daß dieser Absatz nur das in allen Schulen zu erstrebende Ziel aufstelle, aber noch nicht vom Unterricht spreche. Im übrigen verkenne Dr. Witte die Bedeutung der Verfassung des deutschen Reiches, die keineswegs bestimmt sei, die Landesgesetzgebung und die Verordnungen der Verwaltungsbehörden überflüssig zu machen. Vielmehr bestimme Artikel 10 der Verfassung, daß das Reich im Wege der Gesetzgebung Grundzüge aufstellen könne, z. B. auch für das Schulwesen.

Da es sich um eine Angelegenheit von prinzipieller Bedeutung handele, rief Dr. Witte nunmehr die Entsendung des Ministeriums für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung an. In einer Eingabe wies er darauf hin, daß nach der Auffassung des Provinzialschulkollegiums, der Unterricht aufweisend erst dann im Geiste der Völkerverjöhnung erteilt werden dürfe, wenn das Ministerium dahingehende Ausführungsbestimmungen erlassen habe. Auf diese Weise aber hätten die Militärkassen im Unterricht völlig freie Hand, während die auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden Lehrer den Unterricht nicht im Geiste der Völkerverjöhnung geben könnten. Daraufhin hat Minister Dr. Boeltz nun entschieden, daß der Artikel 148 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung bereits heute geltendes Recht darstelle.

Die Zahl der preussischen Beamten

In einigen Blättern wurde auf Grund der dem Landtag angekauften Denkschrift festgestellt, daß gegenwärtig im preussischen Staatsdienst beschäftigt seien: 160 800 Beamte, 15 645 Hilfsbeamte und 11 368 Angestellte, insgesamt also 191 201 Köpfe. 1914 seien nur 110 200 Köpfe in den gleichen Verwaltungen beschäftigt gewesen, mithin seien jetzt 81 000 Köpfe mehr eingestellt, obwohl Preussens Gebiet erheblich verkleinert sei. Dieser letzte Satz ist, wie der amtliche Preussische Pressedienst schreibt, durchaus irreführend. Aus der in den Blättern zitierten Denkschrift (Drucksache 3210 des Preussischen Landtags) ist ersichtlich, daß 1. in der für den 1. April 1914 angegebenen Zahl der Beamtenstellen die auf die abgetretenen Gebiete entfallenden Beamtenstellen nicht berücksichtigt worden sind, so daß die Gegenüberstellung von dem verkleinerten Preußen gegenüber dem damaligen Staatsgebiet keine Berechtigung hat; 2. daß das Anwachsen der Zahl der preussischen Beamten im wesentlichen auf das Dienstverhältnis der Schutzpolizei mit rund 60 000 Köpfen zurückzuführen ist.

Der Streit unter Deutschnationalen

Morus Düringer — Wulle baut Jellen

In den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ wendet sich der aus der deutschnationalen Fraktion ausgesetene Reichstagsabgeordnete Minister a. D. Düringer gegen die Deutschnationalen. Er erklärt eine Reglerung gegen die Sozialdemokraten für unmöglich, weil sie Generalstreik und Bürgerkrieg einleiten würde. Keine Partei würde zurzeit bereit sein, mit den Deutschnationalen in eine Koalition zu gehen, weil diese schon zum zweiten Male das deutsche Volk in die Gefahr einer schweren Katastrophe geführt habe. Sie vertrete eine Richtung, die einen direkten widerchristlichen Haß gegen bestimmte Persönlichkeiten und eine ganze Kategorie deutscher Staatsbürger in Wort und Schrift propagiere. In untreuen Köpfen lege das den Willen zur Tat aus, der sich schließlich im fluchwürdigen Verbrechen auswirke. Die deutschnationale Partei habe sich selbst ausgespalten. Niemand habe sie gegen die Auswüchse ihrer Presse rechtzeitig Stellung genommen. Durch die Auswüchse ihrer Redner bei der Beratung der Schuggesetze habe sie propagierend gewirkt und lästige und unwürdige Tumulten herbeigeführt.

Dazu schreibt die Korrespondenz der deutschnationalen Volkspartei:

Erzelenz Düringer ist wohl von allen Parteifreunden, auch wenn sie seine politischen Anschauungen und sein politisches Auftreten nicht billigen, wegen der Bornehmtheit seines Charakters immer hochgeschätzt worden. Das ist vorbei. Was er auch innerlich längst mit uns gebrochen haben, so erfüllt uns mit besonderer Trauer, daß er die vergifteten Waffen der Gegner aufnimmt. Es war still geworden davon, daß die Deutschnationale Volkspartei schuld an der Ermordung Erzbergers und Rathenaus sei — jetzt können sich die Gegner für ihre Missetaten auf den ehemaligen deutschnationalen Abgeordneten Dr. Düringer. Er hat dazu beigetragen, daß das Feuer der Feindschaft von neuem aufflammt, daß ein neuer Strom der Vergiftung sich über eine Partei ergießt, der er so lange, zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, aber nur äußerlich angehört hat. Das war eine Parocida — Tat.

Bei den Deutschnationalen ist also nur hochgeschätzt, wer — deutschnational ist. Weil Düringer genug Reichstagsmitglied besch, sich von der Gemeindlichkeit mit Wulle und Konsorten loszusagen, deshalb ist es mit der Hochachtung der Deutschnationalen für Düringer vorbei. Wer die Wahrheit sagt, darf nicht haften, trotz aller „Bornehmtheit des Charakters“.

Die „Deutsche Zeitung“ pflichtet natürlich der Deutschnationalen Parteikorrespondenz „rückhaltlos bei“ und nennt Düringers Vorgehen unentschuldigbar Treubruch.

Weiter meldet das Mauerbrecherblatt:
Der „Deutsche Herald“, der bekanntlich vom Reichstagsabgeordneten Wulle gegründet wurde und geistig geleitet wird, hat auf seinem gestrigen außerordentlichen Sekretariatstag für Aufrechterhaltung der deutschnationalen Parteieinheit ausgesprochen. Er kann aber nach den Vorgängen den ihm angehörenden völkischen Abgeordneten die weitere Mitarbeit in der Fraktion nur zumuten, wenn gewisse Sicherungen gewährleistet sind, zu denen Neuwahl der Parteileitung und des Parteivorstandes entsprechend der Zusammensetzung der Wählerchaft und Einberufung des Parteivertretertages und des Parteitages gehören.

Die Deutschnationalen bleiben also demnach bei den Deutschnationalen, geben sich ihr eigenes Programm, das nicht weiter heißt, als Parteieroberung von innen heraus. Für dieses Programm werden fortan die deutschnationalen Jellen wirken. Das verspricht recht heiter zu werden, besonders dann, wenn Wulle und Henning erst mal zu reinigen anfangen. Arme Erzelenzen, Professoren usw.!

Die Flut der „kleinen Anfragen“ im Reichstag

Nachdem erst kürzlich durch die gesamte deutsche Presse eine Notiz gegangen ist, aus der hervorging, welche Kosten die Institution der kleinen Anfragen dem Reich kostete, hätte man annehmen sollen, daß die Reichstagsabgeordneten sich etwas mit den kleinen Anfragen einschränken würden, und daß sie nur dann solche Anfragen in Druck geben, wenn wirklich ein ernstlicher Anlaß dafür vorliegt. Dem ist aber nicht so, obwohl jetzt Reichstagsferien sind, sind bereits wieder sieben kleine Anfragen eingegangen, von denen nicht weniger als elf auf die Rechnung der Deutschnationalen Volkspartei kommen. Welche Sorgen dabei dem so teuren Druckpapier anvertraut werden, geht daraus hervor, daß die meisten dieser Anfragen nicht weiter sind als Abbrude aus Tageszeitungen, denen dann am Schluß die lästliche Phrase „Selbst bloße Gerüchte genügen den tüchtigen Fragestellern zu einer kleinen Anfrage, die dann pflichtgemäß gesetzt und gedruckt werden muß.“ Die Deutsche Volkspartei hat zwei kleine Anfragen eingebracht, von denen die eine sich mit einer Notiz der „Freiheit“ gegen den Reichsverkehrsminister, die andere mit den 28 Avianon-Gefangenen beschäftigt. Zwei kleine Anfragen wichtigeren Inhalts stammen von den Demokraten und je eine von den Unabhängigen und Sozialdemokraten.

Ludendorff empfiehlt sich . . .

(CC.) Paris, 31. Juli. Der Berliner Vertreter des „New York Herald“ hatte eine Unterredung mit Ludendorff, der ihm erklärte: Die Rettung Europas liegt in der Unterdrückung des Bolschewismus. Mit Hilfe Amerikas muß es gelingen, Rußland wiederum in die Gesellschaft der Völker hineinzubringen.

Durchgreifende Änderungen der Reparationsbedingungen seien notwendig, um einen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands zu verhüten. Deutschlands Wohlfahrt und Zukunft hänge von der Wiederherstellung der Monarchie ab, wie sie von Bismarck eingerichtet wurde. Ubrigens ist nach Ludendorffs Ansicht die Frage, ob die Staatsform Deutschlands republikanisch oder monarchistisch sein soll, von untergeordneter Bedeutung. Das wichtigste sei der Schutz Europas vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und einem etwaigen Ueberhandnehmen des Bolschewismus. Die Reparationsforderungen der Alliierten jedoch hätten den Bolschewismus und schäfen wirtschaftliche Unordnung. Eine normale Lage in Europa kann nur wiederhergestellt werden, wenn Frankreich, England und Deutschland von den Vereinigten Staaten unterstützt, Bemühungen machen werde, das russische Volk von der Sowjetherrschaft zu befreien. Wenn ein Konsortium zur wirtschaftlichen Ausbeutung Rußlands gebildet würde, könnte dies zum Heile des russischen Volkes, Europas und der ganzen Welt geschehen. Eine wesentliche Vorbedingung ist jedoch die, daß die Alliierten ihre Politik Deutschland gegenüber ändern und die Völker sich andere politische Anschauungen zu eigen machen.

Es ist Ludendorffs Spezialität geworden, in englischen Zeitungen für gutes Honorar seine von Fachkenntnis völlig ungetriebenen politischen Weisheiten in verzapfen oder Interviews zu geben. Dabei malt er in echter alldentscher Manier immer gern den bolschewistischen Schred an die Wand, empfiehlt militärische Niederwerfung Rußlands, wobei natürlich zwischen den Zeilen seine Generalseigenschaft in empfehlende Erinnerung gebracht wird. Es ist die alte alldentsche Schule, der Ludendorff dient: Erst wird die Gefahr selbst großgezogen, um dann damit politische Geschäfte zu treiben. So heften die Ludendorffer zum Krieg und jetzt wieder zum Bürgerkrieg. Denn niemand anders, als diese Kreise geben dem sogenannten Bolschewismus immer wieder neue Nahrung und halten das längst zusammengebrochene System weiterhin künstlich am Leben.

Sie leben vom Spalten! — Die Moskauer lassen sich ihre Tätigkeit, die Spaltung der Arbeiterorganisationen, viel Geld kosten. Alle nacheinander gibt es Konferenzen, Zentralkonferenzen, Gewerkschaftsfunktionärkonferenzen usw. Wie es scheint, soll jetzt auch die Arbeiterportbewegung von den Kommunisten gespalten werden. Nach der „Noten Rahne“ hat in diesen Tagen in Berlin ein Kongreß der „Noten Sport-Internationale“ getagt. Es wurde beschlossen, der Führung der Rußner Internationale, die in Händen deutscher Genossen liegt, durch die Kommunisten „ein Ende zu machen“. Wir sind überzeugt, daß unsere Genossen diesen schädlichen Treibern zu begegnen wissen. Eine Spaltung der Sportbewegung soll den Moskauer Stipendiaten nicht gelingen. Herr Bruno Pieske mag sich anderweitig betätigen und seinen Unterhalt verdienen.

Venien bald völlig wiederhergestellt. Der Volkskommissar für Gesundheitswesen Semashko erklärte auf zahlreiche Anfragen, daß Venien bald völlig wiederhergestellt sein werde. Schon jetzt fühle er sich den Umständen nach durchaus wohl und empfangt seine Mitarbeiter, die ihm über die laufenden Angelegenheiten Bericht erteilen.

Beräuberung russischer Kunstgegenstände. Pramba meldet, die Sowjetregierung arbeite einen Plan zur Veräußerung der Kunstgegenstände Rußlands im Auslande aus.

Berliner Bezirksparteitag der S. P. D.

Am Sonntag tagte der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Groß-Berlin. Aus dem Geschäftsbericht ist folgendes erwähnenswert: Im ersten Quartal des Berichtsjahres war ein Rückgang der Mitgliederzahlen zu verzeichnen; es waren 53 126 Mitglieder vorhanden. Durch die Abgabe der Kreise Niederbarnim und Zehlendorfer an den Bezirksverband Brandenburg verminderte sich die Zahl auf 41 124 Mitglieder. Am Schluss des Berichtsjahres stieg die Zahl auf 44 402 vollstehende Mitglieder. — Der Berichtspräsident Theodor Fischer führte aus: „Nach der voraussetzlichen Vereinigung der beiden Parteien U.S.P. und S.P.D. werden also rund 140 000 organisierte Parteigenossen in Berlin-Brandenburg zu zählen sein.“ Folgende Entschliessung gelangte einstimmig zur Annahme: „Der Bezirksparteitag begrüßt die Bildung der zwischen den Fraktionen der S.P.D. und U.S.P. zustandekommenen Arbeitsgemeinschaft und spricht die Hoffnung aus, daß es bald gelingen möge, die einer organisierten Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien etwa noch im Wege stehenden Hindernisse hinwegzuräumen. — Die von den Berliner Genossen der S.P.D. stets erzielte sozialistische Einigung kann jedoch vorläufig nur durch die beiden sozialistischen Parteien hergestellt werden. — Die S.P.D. hat durch ihr Verhalten auch in letzter Zeit, insbesondere gelegentlich der jüngsten Demonstrationen, gezeigt, daß ihr an einer wirklichen Einheitsfront des Proletariats nichts liegt, wenn damit nicht gleichzeitig die Wünsche der Moskauer Gewalthaber erfüllt werden. Anstatt einigend, wirft diese Partei überall durch ihre verlogene Politik und ihre anerkennende Verleumdungsfucht gegenüber Andersdenkenden nur zerstörend und treibt dadurch die Arbeiter ins Lager der indifferenten Masse und der bürgerlichen Parteien. Die Wirksamkeit der Kommunisten kommt daher am Ende nur der Reaktion zugute. — Der Bezirksparteitag lehnt deshalb jede Gemeinschaft mit einer solchen Partei ab und verzichtet auf das Entschiedenste auch ein Zusammengehen in einzelnen kleinen Bezirken und Gruppen, sowie die Bildung sogenannter Kontrollausschüsse und ähnlicher Körperchaften.“

Der Bezirk Südwestfalen für die Einigung

In den letzten Tagen haben eine Anzahl Ortsgruppen im Wahlkreis Plauen-Bwidau den Bericht vom sächsischen Landesparteitag entgegengenommen und sich dabei mit der politischen Lage und der Politik der Partei befaßt. Fast überall erklärten sich die Parteigenossen mit den von der Reichsleitung der Partei und von der sächsischen Landesverwaltung gefassten Beschlüssen einverstanden, wenn auch hier und da von einzelnen Genossen zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Einigung nicht überstürzt werden dürfe. In Plauen wurde nach längerer sachlicher Diskussion die folgende von Genossen Bickel und G. Seger eingebrachte Resolution gegen nur wenige Stimmen angenommen:

„Die Ortsgruppe Plauen der U.S.P.D. begrüßt die Beschlüsse der Reichstagsfraktion und der Reichskonferenz; insbesondere die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialdemokratischen Fraktionen. Sie erkennt an, daß der proletarische Kampf um die politische Macht in ein Stadium eintritt, das eine einheitliche am entschlossenen Handeln bereite Arbeiterklasse zur unerlässlichen Notwendigkeit macht. Deshalb ersuchen die Parteigenossen die Zentralleitung, ihre Bemühungen um die Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien bis zum endgültigen Erfolg fortzusetzen. Sie erwarten, daß die gleiche Erkenntnis die Genossen der Sozialdemokratischen Partei zu den gleichen ehrlichen Bemühungen veranlaßt. Sie bedauern, daß die Führer der Kommunistischen Partei nur höhnische Beschimpfungen für den Einigungswillen übrig haben. Von den Parteigenossen wird gefordert, daß sie in den Betrieben die noch der Kommunistischen Partei nachlaufenden Arbeiter für die große Tat der Einigung gewinnen.“

Die Parteileitung aber muß ununterbrochen versuchen, die der Wiedervereinigung noch im Wege stehenden Hindernisse zu beseitigen, damit die bevorstehenden Parteitage das deutsche Proletariat nach Jahren folgeschwerer Zerrissenheit endgültig aneinanderführen können. Dann wird die große starke sozialistische Massenpartei entstehen, unter deren Führung die Arbeiterklasse den Kampf um ihre letzten Ziele siegreich schlagen wird.“

Es läßt sich schon jetzt sagen, daß die große Mehrheit der Parteigenossen im Bezirk für die Einigung der sozialdemokratischen Parteien ist.

Opfer des Bergiports

(S.P.) Bern, 31. Juli. „Laut „Bund“ sind am Sonntag morgen vier Schweizer beim Besiegen der Jungfrau abgestürzt. Die Partie bestand aus zwei Herren, zwei Damen und einem Führer. Es besteht keine Hoffnung, daß sie lebend aufgefunden werden. Eine Rettungskolonne ist heute morgen abgegangen.“

Zeitungsverbot in Hannover

Wie den V.P.N. von zuständiger Stelle aus Hannover mitgeteilt wird, hat das Oberverwaltungsamt der Provinz Hannover auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik das Erscheinen des „Vielseher Kreisanzeigers“ für die nächsten drei Nummern verboten.

Auf 14 Tage ist der „Düsseldorfer Generalanzeiger“ in Verbot worden, der in der Druckerei der verbotenen „Wandauer Zeitung“ verdrückt wird.

Vom Zeitungssterben. Der demokratische „Bessertätiger Anzeiger“ stellt wegen der herrschenden Papiernot sein Erscheinen ein. — Die „Westfälische Morgenzeitung“ früher „Dortmunder Tageblatt“, das Organ der Demokratischen Partei, macht bekannt, daß sie ihr Erscheinen einstellt. — Die „Frankfurter Nachrichten“ erscheinen ab 1. August nunmehr einmal täglich als Morgenausgabe.

Die „Tägliche Rundschau“ 100 M. monatlich. — Verlag und Schriftleitung der „Täglichen Rundschau“ ziehen sich genötigt, den Abonnementsbeitrag auf 100.— M. monatlich heraufzusetzen. — Auch die „Deutsche Zeitung“ hebt sich genötigt, ihren Bezugspreis erheblich zu erhöhen.

Josse Verhandlungsführer mit Japan. Josse ist nicht nur zum bevollmächtigten Vertreter der Sowjetrepublik in China ernannt worden, sondern wird auch zugleich die Sowjetrepublik bei den Verhandlungen mit Japan vertreten.

Verbot der Getreide-Einfuhr nach Sowjet-Rußland. In einem Rundtelegramm an seine ausländischen Vertretungen verbietet das Russische Volkskommissariat für Außenhandel die Erlaubnis der Getreideeinfuhren nach Rußland für Brot, Getreide, Mehl und Zuder.

Regenfluten in China. Seit acht Tagen gehen über Nordchina ununterbrochen Regenflüsse von nie gekanntem Gewalt hernieder. Sie haben in den Provinzen des nörd-

Poincaré und die Ausgleichszahlungen

Zehn Tage Frist — dann „weitere Maßnahmen“

Die Note, mit der die französische Regierung am 26. Juli 1922 die deutsche Note vom 14. Juli 1922 wegen Barzahlungen im Ausgleichsverfahren und aus Urteilen der gemischten Schiedsgerichte, Art. 297c, beantwortet hat, hat folgenden Wortlaut:

Durch Schreiben vom 14. Juli haben Sie mir einen Antrag Ihrer Regierung wegen Herabsetzung der monatlichen Zahlung von zwei Millionen Pfund auf 500 000 Pfund zugehen lassen, zu denen sich das Deutsche Amt in dem Londoner Abkommen vom 10. Juni 1921 zwecks Abdeckung der deutschen Verpflichtungen bereit erklärt hat, die sich aus dem durch Artikel 296 des Vertrages von Versailles vorgesehenen Verfahren zum Ausgleich der deutschen Forderungen und Schulden ergeben.

Ihre Regierung hat an mich gebeten, von den Zahlungen, die für sie aus Abschnitt IV, Teil X des Vertrages von Versailles und besonders aus Artikel 297c folgen, für die Dauer des Rotoratoriums befreit zu sein, da sie bei der Reparationskommission zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen in bar zum Konto Reparationen nachgesucht hat.

Ich sehe mich zunächst genötigt, einen Irrtum zu berichtigen, der sich in Ihrer Excellenz Schreiben findet. Ihre Excellenz haben in der Tat geschrieben, daß die sich für Deutschland aus Abschnitt IV und insbesondere aus Artikel 297c ergebenden Verpflichtungen in erster Linie aus dem Erlös des liquidierten deutschen Eigentums in den beteiligten Ländern zu erfüllen sind.

Ich glaube, Ihre Excellenz daran erinnern zu sollen, daß der Friedensvertrag in dieser Hinsicht keine Verpflichtung für die alliierten und assoziierten Mächte enthält, sondern einfach die Möglichkeit ins Auge faßt, den Erlös aus den in Rede stehenden Liquidationen zur Zahlung der Entschädigungen an die alliierten Staatsangehörigen in Ausführung des Artikels 297c zu verwenden. Der Erlös aus der Liquidation könnte gemäß § 4 der Anlage zu Abschnitt IV nach dem Belieben einer jeden der alliierten und assoziierten Regierungen anderweitig verwendet werden.

Ihre Excellenz hat sicherlich erfahren, daß nach Unterzeichnung des Londoner Abkommens vom 10. Juni 1921, das nach Auffassung der dem Ausgleichsverfahren beigetretenen alliierten Mächte hinsichtlich der durch das Deutsche Amt vorzunehmenden Monatszahlungen alle Schwierigkeiten endgültig beseitigt, die alliierten Unterhändler den deutschen Vertretern eine Erklärung übergeben haben, worin sich in Anbetracht des vom 10. Juni 1921 getroffenen Abkommens die beteiligten alliierten Regierungen verpflichtet, Verhandlungen mit der Deutschen Regierung zu dem Zwecke zu eröffnen, Deutschland von der in den Vertrag aufgenommenen Möglichkeit, den Erlös aus den Liquidationen zur Zahlung der in Artikel 297c genannten Entschädigungen zu verwenden, Borteil ziehen zu lassen.

Die zwischen Frankreich und Großbritannien einerseits und Deutschland andererseits geführten Verhandlungen haben zu dem Abkommen über die Zahlung der Entschädigungen und über den Artikel 297 geführt.

Aus vorstehendem erhellt somit, daß die Kündigung des Londoner Abkommens, die aus der Nichtausführung der Hauptbestimmungen dieses Abkommens durch das Deutsche Amt folgen könnte, dem ein Ende setzen würde, da diese Abkommen — wie ich wiederhole — mit Rücksicht auf den Abschluß des Londoner Abkommens getroffen und ratifiziert worden sind.

Mit dem Antrag auf Herabsetzung der durch das Abkommen vom 10. Juni auf zwei Millionen Pfund festgesetzten Pauschalbeiträge auf 500 000 Pfund will Ihre Excellenz wohl sagen, daß die Zahlungen von 500 000 Pfund allmonatlich erfolgen würden, ohne, der Gläubiger- und Schuldnerlast Deutschlands Rechnung zu tragen.

Wenn die Regierung der Republik von der Erklärung Akt nimmt, daß das Deutsche Amt nicht an der Auslegung festhalten würde, die es dem Abkommen vom 10. Juni 1921 gegeben hat und wonach es sich der Zahlung der zwei Millionen Pfund entziele, sobald die übrigen an oft an berechneter Langsamkeit hervorhebenden Monatsabrechnungen es annehmbar als Gläubiger der alliierten Mächte erscheinen läßt, vermag sie den von Ihrer Excellenz gemachten Vorschlag nicht zu genehmigen.

Sie hält diesen Vorschlag nicht nur für unannehmlich, sondern sie lehnt es ab, das Abkommen vom 10. Juni 1921 wieder zur Geltung zu stellen. Sie könnte allein die Kündigung des Abkommens ins Auge fassen, welche die Rückkehr zu dem status quo ante für den Fall zur Folge hätte, daß das Deutsche Amt den Pauschalbetrag von zwei Millionen Pfund nicht zahlt.

Bei dieser Annahme würden die Vorteile des dem Deutschen Amt zugestandenen Pauschals verschwinden. Abdann würde

die strikte Anwendung des Artikels 296 des Vertrages von Versailles

und der Anlage zu diesem Artikel nötig werden. Die deutsche Regierung wäre verpflichtet, das Reichsausgleichsgericht unverzüglich aufzusuchen.

Das Deutsche Amt ist tatsächlich ebenso wenig berechtigt, deutschen Staatsangehörigen den Gesamtbetrag ihrer Forderungen an alliierte Staatsangehörige nicht zu zahlen, als darin einzuwilligen, von diesen nur Markt-

beiträge anzunehmen, die nicht die Gesamtheit ihrer Schulden darstellen.

Zweifelsohne haftet die deutsche Regierung für die Schulden ihrer Staatsangehörigen,

abgesehen von den im Artikel 296b vorgesehenen Ausnahmen. Diese Haltung kann jedoch bis zur wohlwollenden Bekämpfung mit der Valorisierung privater Schulden gehen; einer Valorisierung, die durch nichts zu rechtfertigen wäre, wenn die Schuldner zahlungsunfähig sind.

Im Falle der Aufhebung des Reichsausgleichsgerichtes und bei ausschließlicher Anwendung des Verfahrens gemäß Artikel 296 durch das Deutsche Amt, wäre die Regierung der Republik, zwecks genauer Festlegung der Lasten, die sich für Deutschland aus der in Artikel 296b vorgesehenen realisationsseitigen Haftung ergeben, geneigt, vorläufig und auf Grund festgelegender Modalitäten und Bedingungen neben den regelmäßigen Wäse, wodurch das Deutsche Amt die von deutschen Schuldnern anerkannten und gezahlten Beträge dem französischen Amt aufschreibt, Wäse entgegenzunehmen, welche die Forderungen betreffen, an deren anfänglicher Abrechnung sich die Schuldner anerkennend erklären.

Die Uebernahme dieser Last würde Deutschland selbstverständlich nicht von der Haftung in Ansehung der in Rede stehenden Schulden entbinden, aber Präsumption über die Zahlungsunfähigkeit der Schuldner gestatten. Die Namen dieser Schuldner wären außerdem öffentlich bekanntzugeben, damit für alle Fälle die alliierten Staatsangehörigen diejenigen kennenlernen, die ihren Vorkriegsverpflichtungen nicht nachkommen können, oder sich weigern, dies zu tun. Die Kündigung der Bekanntheit würde dem Deutschen Amt sicherlich schaden, die sichere Deckung der alliierten Forderungen sicherstellen. Die Regierung der Republik könnte hierzu eine Unerkennung des Deutschen Amtes durch anderweitige Informationen oder Mittel in Aussicht nehmen.

Die Regierung der Republik hat die Pflicht, ihre Staatsangehörigen zu schützen, ebenso wie mit demselben Rechte die deutsche Regierung als Haftbar für ihre Schulden in Ansehung der deutschen Gläubiger nicht gegen diese Pflicht verstoßen wird.

Uebrigens ist die deutsche Regierung wenig berechtigt, sich zwecks Aenderung des Londoner Abkommens vom 10. Juni 1921 auf die Lasten zu berufen, die ihr Artikel 296 des Vertrages von Versailles auferlegt. § 9 der Anlage zum Artikel 296 ermächtigt übrigens das Deutsche Amt, die Abzüge vorzunehmen, die für Rückfälle, Kosten und Vermittlungsgebühren erforderlich sind. Die Anwendung dieser Bestimmungen in Verbindung mit der Aufhebung des Reichsausgleichsgerichtes würde aller Wahrscheinlichkeit nach genügen, um die Last zu verringern, über die sich die deutsche Regierung beklagt und von der sie sich durch ihren Antrag auf Herabsetzung der Monatszahlungen zu befreien wünscht.

Was die Verpflichtungen aus Artikel 297c anlangt, so ist diese Frage jetzt durch die vorhandenen Abkommen geregelt. In diesen Abkommen hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, die erforderlichen Gelder zu beschaffen, falls der Reinerlös aus dem liquidierten deutschen Eigentum nicht ausreicht. Diese Verpflichtung ist formell. Die deutsche Regierung kann sich, um ihr nachzukommen, jederzeit die etwa nötigen Hilfsmittel dadurch beschaffen, daß sie, solange als ihr dies angezeigt erscheint, die Anwendung des § 1 des Artikels 297 des Vertrages von Versailles ausübt oder verlangt. Die Regierung der Republik kann nicht annehmen, daß alliierte Staatsangehörige für die ihrem Eigentum durch Anwendung außerordentlicher Kriegsmassnahmen angefügten Nachteile nicht entschädigt werden, während die deutschen Staatsangehörigen fortgesetzte Zahlungen für Schäden gleicher Art erhalten.

Die Regierung der Republik kann bei dieser Sachlage Ihrer Excellenz Antrag vom 14. Juli nur als null und nichtig ansehen.

Sie rechnet daher mit der getreuen Ausführung des Londoner Abkommens vom 10. Juni 1921 durch das Deutsche Amt und zweifelt nicht, daß den Verhandlungen gegenüber den systematischen Verzögerungen des Deutschen Amtes bei der Anerkennung der alliierten Forderungen Rechnung getragen wird. Es besteht übrigens die ganz bestimmte Absicht, die Komité in Paris und Straßburg solange nicht über deutsche Forderungen erkennen zu lassen, als sie nicht die Gewißheit erlangt haben, daß die Interessen der französischen Gläubiger gewahrt sind oder gewahrt werden.

Ich habe daher die Ehre, Sie zu bitten, mir

innerhalb einer Frist von zehn Tagen vom Datum dieses Schreibens ab gerechnet die Zusicherung zu geben, daß das Deutsche Amt künftig das Londoner Abkommen dadurch ausführt, daß es jeden Monat den Pauschalbetrag von zwei Millionen Pfund zahlt. Da mich der von Ihrer Excellenz übergebene Antrag auf den Gedanken gebracht hat, daß das Deutsche Amt nicht mehr die Absicht hatte, den Pauschalbetrag von zwei Millionen Pfund zu zahlen, habe ich für diese Eventualität

eine bestimmte Anzahl von Maßnahmen beschlossen.

Sollte die deutsche Regierung in der vorbezeichneten Frist nicht die Zusicherungen gemacht haben, die ich von Ihrer Excellenz dringend fordere, so schreibe ich daraus, daß meine Annahme richtig ist, und die vorgeschlagenen Maßnahmen werden sofort und automatisch zur Anwendung gelangen.

gez. Poincaré.

lichen Chinas furchtbare Ueberschwemmungen verursacht und nahezu die gesamte Ernte vernichtet. In Peking haben die Regenfluten nicht weniger als 1800 Wohnhäuser zum Einstürzen gebracht, so daß in einzelnen Stadtvierteln viele Tausende ohne Obdach sind.

Schwere Munitionskatastrophe in Rumänien. In Bocsan ist infolge außerordentlicher Hitze in der Kaserne des 3. Genieregiments durch Selbstentzündung ein Munitionsdépôt explodiert. Die Munitionskatastrophe verursachte sechs Tote und zehn Verwundete.

Der Volkshilfskommissar Kropholtz, der am Sonnabend vier Millionen Mark unterschlagen hatte, ist festgenommen worden. Das Geld wurde vollständig zur Stelle geschafft.

Deutsche Einfuhr in England. In den Monaten Juni und Juli sind in England für 333 484 Pfund Sterling mehr deutsche Waren eingeführt worden, als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres.

Der Bürgerkrieg in England. Man meldet aus Dublin, daß seit zwei Tagen in der Grafschaft Wick die Kämpfe wieder eine besondere Heftigkeit angenommen haben. Westlich wurde die Stadt Cashel von den Regierungstruppen eingenommen. Die Republikaner zogen sich unter

Zurücklassung von zwei Toten zurück. 26 wurden gefangen genommen.

Aufstände in Sowjetrußland. Der „Matin“ erfährt von seinem Korrespondenten in Riga, daß im Ural ein Aufstand gegen die Sowjetregierung ausgebrochen ist. Der Aufstand wird von den Soldaten Petroff angeführt. Die Truppen haben auf dem Marsch gegen Petersburg schon die Stadt Biarka eingenommen. Die Regierung von Moskau hat den Aufständischen zwei Divisionen entgegen geschickt. Der größte Teil dieser Truppen aims aber an den Aufständischen über. — Seit acht Tagen werden bereits ähnliche Aufstände aus anderen Teilen Rußlands gemeldet.

Der internationale Kongreß der Seelenleute wird nächsten Dienstag in Paris eröffnet werden. Eine vorbereitende Versammlung der Sekretäre der Nationalverbände wird morgen stattfinden.

Wegen Streikaustraj verurteilt. Der australische Arbeiterverband wurde in Sydney zu 300 Pfund Sterling Geldstrafe verurteilt mit der Begründung, daß er seine Mitglieder anlässlich einer Lohnkämpfe zum Streik aufgefordert habe.

Groß-Berlin

Der schwarz-weiß-rote Blumenstrauch-Fleisch als Harden-Altkentäler verhasst

In dem Strafverfahren gegen den angeklagten Zuhälter Werner Fleisch, der bekanntlich seinerzeit verhaftet worden war, weil er unmittelbar nach Bekanntgabe der Ermordung Rathenaus im Reichstage dem Abgeordneten Dr. Helfferich einen Blumenstrauch mit einer schwarz-weiß-roten Schleife überbracht hatte, ist jetzt eine Wendung eingetreten durch die am Sonnabend erfolgte neuerliche Verhaftung des Fleisch. Er war bald nach dem Ueberbringen des Straußes von dem Abgeordneten Kemmele und Unterleitner etwas unvorsichtiger auf das Unerhörte seiner Handlungsweise hingewiesen worden. Er hat deshalb durch seinen Rechtsbeistand Rechtsanwalt Dr. Theodor Ahrens beim Reichstage die Genehmigung zur Strafverfolgung der beiden Abgeordneten nachgesucht. Ferner hat er sich beschwerdeführend an den Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof in Leipzig gewandt und die event. Einleitung eines Strafverfahrens gegen die beteiligten Beamten wegen Freiheitsberaubung beantragt, weil er entgegen den Vorschriften der Strafprozeßordnung 14 Tage in Untersuchungshaft gefesselt habe, ohne dem Richter vorgeführt zu sein. Nachdem er wieder aus der Haft entlassen worden war, ist er am Sonnabend aufs neue verhaftet worden, und zwar wegen Teilnahme an dem Attentat auf Maximilian Harden.

Die echten Teutjchen

Die Mitgliedskarten des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ enthalten unter anderem sogenannte Lebensregeln, die wir nachstehend unseren Lesern bekannt geben:

1. Deutscher, wenn Du Deines Deutschtums bewußt bist und auch Deine Frau reinblütig ist, so bekämpfe jede Heirat mit fremdem Geschlecht in Deiner Familie.
2. Vermeide jeden gesellschaftlichen Verkehr mit Undeutschen und lasse Dich geschäftlich nur dann mit ihnen ein, wenn es unvermeidlich ist. (Mit anderen Worten: „Nur, wenn etwas zu verdienen ist.“)
3. Kaufe nie in jüdischen Warenhäusern und verbiete es auch Deiner Frau und Deinen Kindern.
4. Du darfst niemals Grundbesitz an einen jüdischen Käufer abgeben. (Aber sicher an einen „deutschen“ Vermittler.)
5. Halte keine jüdische Zeitung, es sei denn zum Zwecke der Erkenntnis des Judentums. (Teutische Zeitungen dürfen aber mit dem 100-Mark-Geld arbeiten.)
6. Gehe nicht ins Theater, wenn jüdische Stücke aufgeführt werden. Lies keine jüdischen Romane.
7. Frage Dich bei allen Vorgängen, die Du nicht völlig durchschauen vermagst: „Wie stellen sich die Juden dazu?“ Was sie verwerfen und schlechtmachen, das nützt gewiß uns Deutschen.
8. Als deutscher Student vermeide möglichst die Vorlesungen jüdischer Professoren zu hören. Ruht Du es, so höre sie kritisch. (Alles andere ist reine Wahrheit und braucht nicht kritisch gehört werden! Und das werden dann Führer der Nation.)

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(7. Fortsetzung.)

Er hatte einen Haufen Kinder im Hofe, Buben und Mädchen, sechs, sieben Jahre alt, neun, zehn auch wohl ein paar. Er lehrte sie singen. Er sah auf dem Pumpenschwengel und sang ihnen vor. Sie mußten ihm nachsingen, und er schlug den Takt. Er sang:

„Es war einmal ein kleiner Mann
 ju, dal di ra —
 Der hatte eine große Frau
 na di bums di ra —
 Große Frau wollt tanzen gehn —
 ju, dal di ra —
 Kleiner Mann wollt auch mitgehn —
 na di bums di ra —
 Kleiner Mann muß zu Hause bleiben —
 ju, dal di ra —
 Muß die Röh und Röhler treiben
 na di bums di ra —
 Röh und Röhler treibt er nicht
 ju, dal di ra —
 Und von dem Brot da bleib er nicht
 na di bums di ra —
 Als die Frau nach Hause kam
 ju, dal di ra —
 Da sah der Mann im Butterloch
 na di bums di ra —
 Geht de raus, so kriegste was
 ju, dal di ra —
 Geht de raus, so kriegste was
 na di bums di ra —
 Frau suchte sich e Stedche
 ju, dal di ra —
 Und schlägt dem Mann auf Tedelche
 na di bums di ra —
 So, jetzt kann ich tanzen gehn
 ju, dal di ra —
 So, jetzt kann ich tanzen gehn
 na di bums di ra —

„Lautsüß“, sagte die Klar, „woher kennst du das?“
 „Von der Odenwälder Grotte“, sagte der Philipp, „die
 ins alte Friedensrichter's ist.“

9. Gib bei Wahlen niemals einem Juden Deine Stimme und unterstütze auch nicht die Kandidaten der dem Judentum verbundenen Parteien.

10. Von Vereinen, deren Mitglieder zum größeren oder auch nur zu einem beträchtlichen Teil Juden sind, halte Dich grundsätzlich fern.

11. Soweit es Deine Lage gestattet, bekämpfe das Judentum auch öffentlich und lasse keine Gelegenheit vorbeigehen, Volksgenossen über seine Schädlichkeit im öffentlichen Leben aufzuklären. (Sage aber nichts über jüdische Ausbeuter und Kapitalisten.)

12. Helene Dich überall als Teutischer und suche zu Deinem Deutschtum; Du baust damit an der Zukunft unseres Volkes. (Der Monarchie und dem Reichthum.)

Diese Lebensregeln des reinen unverfälschten Deutschtums, die schon an reine unverfälschte Idiotie grenzen, bedürften eigentlich nicht eines besonderen Kommentars. Wir können es uns aber nicht verlagern, den Botanikern als weitere Lebensregeln vorzuschlagen:

13. Solange bei den Behörden und in der Regierung Juden arbeiten, lehne als Beamter Gehalt usw. ab.

14. Solange Juden in Deutschland leben, lehne es ab, dieselbe Lust mit ihnen zu atmen.

Das Beste wäre es, wenn der Punkt 14 strikte befolgt würde, dann wäre man eine ganze Anzahl gefährlicher Kranten los.

Wohnungsnot

Zu diesem Kapitel schreibt uns eine Leserin:

„Bei der jetzt herrschenden Wohnungsnot wird es sicherlich für viele Kreise von Interesse sein zu hören, daß — wenn nirgends sonst — so doch in Charlottenburg Ueberfluß an freien Wohnungen herrscht. Denn anders läßt es sich wohl kaum erklären, daß im Hause Schillerstr. 9 (Charlottenburg) eine wunderschöne 4-Zimmer-Wohnung seit dem 1. April leer steht, ebenso seit dem 15. Juni eine 6-Zimmer-Wohnung in dem gleichen Hause.“

Man könnte wohl fragen: Was acht in bezug auf diese Wohnungen auf dem Charlottenburger Wohnungsmarkt vor? Doch wir sind selbstverständlich überzeugt, daß das Wohnungswesen seinerseits alles tut, um für die beiden leerstehenden Wohnungen Mieter zu finden. Scheinbar ohne Erfolg. Um der guten Sache willen sollte man die offenbar so schwere Aufgabe dem Wohnungswesen erleichtern und rechnen wir dabei auf Ihre gütige Unterstützung, zumal Ihnen zahlreiche Leser Ihrer Zeitung für die Bekanntgabe dieser momentan unausgenutzten Wohnungsmöglichkeit dankbar sein werden.“

Beim Wohnungswesen in Charlottenburg ist scheinbar alles möglich. Es wirkt wie blutiger Hohn, daß auf der einen Seite geräumige Wohnungen monatelang leerstehen und auf der anderen Seite in enge Wohnungen einige Familien zusammengepfercht werden. Indirekt trägt das Wohnungswesen in Charlottenburg zur Verschärfung des Wohnungselendes bei. Die Ursache des Leerstehens der oben aufgeführten Wohnungen ist von allgemeinem Interesse.

Das Hochhaus am Bahnhof Friedrichstraße

Nunmehr steht der Bauplan für das seit langem geplante Turmhaus Friedrichstraße fest. Die Wettbewerbsentwürfe haben aus dem Grunde nicht besonders berücksichtigt werden können, weil der Baugrund zum Teil nicht tragfähig genug ist. Neuerliche Bohrungen haben ergeben, daß fast die ganze Straßenseite an der Friedrichstraße für schwere Bauten nicht in Frage kommen kann. Daher ist jetzt ein neuer Entwurf geschaffen worden, der an der Straßenseite der Friedrichstraße zwischen der Weidendammer Brücke ein zweigeschossiges Baumwerk vorsieht. Zwischen diesem und dem übrigen Baukomplex ist eine Entlastungsstraße für die Friedrichstraße

vorgezogen, die durch einen breiten Durchgang in der Mitte des niedrigen Gebäudes, sowie an beiden Enden mit der Friedrichstraße in Verbindung steht. Die Front zur Entlastungsstraße hat ein Gebäude gewöhnlicher Höhe, ebenso wird auch dem Bahnhof Friedrichstraße gegenüber (also an der zweiten Seite des dreieckigen Bauplatzes ein Haus gewöhnlicher Höhe aufgeführt. Nur an der Spreeseite, also die Front nach dem Reichstagsufer, erhält ein höheres zwölfgeschossiges Gebäude, wodurch keinem der anliegenden Gebäude Licht und Luft genommen wird. Städtebaulich und vornehmlich bedeutet diese Lösung die allseitige aller bisher entstandenen Entwürfe, da auch die neuentstandene Untergrundbahn zum Turmhaus einen guten Zugang besitzt. Man hofft, noch in diesem Jahre einen erheblichen Teil der ganzen Anlage herstellen zu können, da auch die Frage der Geldbeschaffung zur Zufriedenheit gelöst ist.

Der Anhänger für Raucher

Den Berliner Rauchern ist vor längerer Zeit der Mund wässrig gemacht worden, daß es ihnen in Zukunft gestattet sein werde, auch im Innern der Anhängewagen zu rauchen, so daß sie in Zukunft nicht mehr auf den Plattformen sich Wind und Wetter aussetzen brauchen, sondern wie jeder Nichtraucher auch Anspruch auf einen Sitzplatz haben werden. Trotz der Zusage der Aufsichtsbehörden, der Eisenbahndirektion sowie des Polizeipräsidenten ist das Rauchverbot für die Anhänger noch nicht aufgehoben. Auch die übergeordnete Stelle, das preussische Handelsministerium, hat sich für die Freigabe der Anhängewagen als Raucherabteile ausgesprochen und noch immer ist der schriftliche Bescheid nicht eingegangen, trotzdem auch in anderen deutschen Städten die Erziehung gemacht worden ist, daß durch Einführung einer derartigen Erleichterung eine Mehreinnahme erzielt worden ist. Eine solche könnte die Straßenbahn aber wirklich gebrauchen. Eine bürokratische Verschleppung der Angelegenheit liegt also weder im Interesse der Benutzer noch der Verwaltung der Straßenbahn, also der Stadt Berlin selbst.

Barüberweisung statt Steuermarken

Zur Vermeidung der bei der Ablieferung der Einkommensteuermarken für 1921 vorgekommenen großen Unzuträglichkeiten, welche sich im Januar 1922 bei der Abführung der Einlagebogen für das Jahr 1922 in verstärktem Maße wiederholen würden, da an Stelle der Steuereinnahmestellen die Finanzämter treten, die Annahmestellen somit bedeutend eingeschränkt sind, kann nicht dringend genug empfohlen werden, daß Arbeitgeber, welche mehr als 75 Arbeiter beschäftigen, von der gesetzlich zugelassenen Barablieferung der einbehaltenen Steuerbeträge unter Wegfall des Abnehmens von Steuermarken Gebrauch machen. Diese Bestimmungen sind in der Arbeitgeberkammer noch wenig bekannt, verdienen aber wegen der in ihnen enthaltenen Erleichterungen für die Lohnbüros der großen Betriebe ganz besondere Beachtung. Ein ganz besonderes großes Interesse an dieser Regelung haben auch die Arbeitnehmer. Sie brauchen nicht mit den Markenbüchern sich zum Finanzamt zu begeben. Sie sparen Wege und Fahrkosten und das stundenlange Warten in überfüllten Kassenräumen.

Weiterführung der kommunalen Brennstoffhandlungen.

Zur einseitigen Weiterführung der bisherigen kommunalen Brennstoffhandlungen in den Außenbezirken Groß-Berlins ist die Berliner Brennstoff-Verschaffungs-Gesellschaft m. b. H. begründet worden. Die zur Prüfung der Frage eingesetzte Kommission hat beschlossen, sämtliche in den Außenbezirken bestehenden kommunalen Brennstoffhandlungen sowie die damit verbundenen Versorgungsstellen der städtischen Dienstbetriebe durch die neue Gesellschaft während bis zum 31. Juli 1922 zu übernehmen. Die Betriebe sollen möglichst durch die in den Bezirken damit bisher beschäftigten, mit der Lage der Brennstoffversorgung vertrauten Dienststellen

„Sollt ja die närrisch Kränk kriegen! Nu machs noch emal!“

Und die Kinder sangen das Lied noch mal durch, machten den Ringelranz um die Pumpe herum, und der Kaiserphilipp dirigierte mit närrischen Bewegungen. Die Klar hopfte oben auf der Treppe mit und lachte, daß es häuserweit schallte. Und als die Kinder schon zum dritten Male den Reigen sangen, da rief sie unaufhörlich und sich ganz vergessend, ihrem Philipp zu: „Danz doch, danz doch!“ Sie rief es mit dem hohen, hellen A, das sie von ihrer Mutter geerbt hatte, und das allen Leuten so komisch wirkte. Da die Gasse nun auch von Leuten vollstand, so rief's von draußen, erst vereinzelt, dann laut und spöttisch von vielen Stimmen: „Danz doch, danz doch!“

Erst fiel es der Klar nicht auf. Sie rief ihrem Buben weiter ermunternd zu. Der war in seiner Rolle und tat die närrischsten Vorkipprünge. Und immer noch, mit deutlicherem Spott und quierschender Nachahmung des A, obgleich sich die Leute über das Lied und das Spiel der Kinder freuten, rief es draußen: „Danz doch!“ Da wurde die Klar aufmerksam:

„Nach den Leuten nicht den Aß, Philipp, komm!“ rief sie.

In dies „Komm“ hatte sich aber etwas vom hellen A ihrer Sprechweise hineingestohlen, und da es Rheinheiserart ist, jede Kleinigkeit aufzugreifen und zu einem Spott anzudehnen, so gab's ein Hallo, und das „Komm!“ mit dem flachen Tone wurde nachgeahmt. „Danz doch!“ und „Komm!“ rief es.

Der Philipp war nun auf die Treppe getreten und mußte nicht, was er tun sollte. Die Mutter stieß ihn zur Tür hinein.

„Affengefichter!“ rief sie den Leuten zu. „Macht, daß ihr heim kommt. Was habt ihr denn überhaupt vor meiner Tür verlor'n? Geht zum Teufel, ihr Schneidbankstopp!“

„Oho!“ rief's dagegen — und „Schneidbankstopp!“ — und „Danz doch!“ — und „Komm!“

Nun war aus dem Scherz Ernst geworden. Die des Spokes halber aus ihren Türen und Höfen gekommen waren, die fühlten sich nun beleidigt und gereizt, obgleich sie doch gereizt hatten. Das ist so Törliserart.

„Pumpenbaggach“, schmetterte die Klar wie ein zorniger Hahn heraus.

„Na, was Pumpe anbelangt“, rief eine dagegen — „da könnt'st du dich zuerst mal am Kopf kratzen. Wir haben noch mit unserm Mann hinausgeschmissen, daß sein Mensch weiß, wie's ihm geht und was aus ihm geworden ist!“

„Nein“, sagte die Klar und lachte, „du dumme Buhertsmann, du läufst nur mit dem und läßt dir als ein Kind nach ein andern im Zuff machen!“

Die Spengler Schlüsselien krächte mit ihrer ichenslichen Stimme, die klang, als wenn ein Hinkel den Zahneurent tut:

„Du Zieglermenschen! Du männlich, du wärst schon überm Gräbeldchen und hättst dein Bub schon zum Schullehrer gemacht. Ja, Mödelchen!“

„Meerm Gräbeldchen bin ich noch nit“, erwiderte die Klar. „Aber ich hab auch noch nit mit e'm drin gelegen, wie ihr, Schlüsselien, und's ist noch keiner über mich gehupft.“

Die Schlüsselien wußte auf diejen satzigen Sieb nichts zu erwidern. Sie bewegte nur den Unterkiefer, als fane sie an einem zu dicken Kloß, und krächte dann:

„Zu Lebtag nit bringst du dein Bub zum Schullehrer — und wenn dein ganz Wärsche drauf geht — du Zieglermenschen!“

Die Klar lachte — die Schlüsselien verkroch sich.

„Ich will dir was sagen, Klar“, rief jetzt eine Männerstimme — es war der Weisef Jakob — „so hoch hinaus brauchst du nit zu wollen. Schuster, bleib bei dem de'm Leisten, war schon zu Lebtag richtig. Wer so hagen macht wie dein Aß do, — und du hilfst noch dazu — der wird seiner Lebtag nit. Und warum soll er auch nicht bleibe, was mir auch sind. Weil dich der Hochmutdschweifel hat. Steck's uff! Steck die Poste uff!“

„s wird nit Gutes draus. 's kost dich nur dein bißchen Sach — für so e'm Aß kein Daxe.“

Die andern zollten ihm Beifall. Dazwischen rief's: „Danz doch!“ „Schneidbankstopp!“ „Komm!“ „Komm!“ — und — und die Klar hat'sichte auf ihren Hintern. Dann trat sie in die Tür und schmiß sie zu. Die Nachbarn verkriechen sich.

(Fortsetzung folgt.)

*) mehr!

wenigstens bis zum Ablauf des Kohlenwirtschaftsjahres unter der Oberleitung der Brennstoff-Beschaffungs-Gesellschaft weitergeführt werden. Nur völlig unwirtschaftliche Sandlungen sollen abgebaut werden.

Die Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege

Die bereits mitgeteilte, treten von heute ab auf sämtlichen Reichsbahntrecken neue Bestimmungen über die Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege in Kraft. Die neuen Bestimmungen schreiben vor, daß jeder Verein, der beabsichtigt, diese Fahrpreisermäßigung in Anspruch zu nehmen, besonders von den Eisenbahndirektionen des Wohnortes in eine Liste aufgenommen werden, die ihnen den Anspruch auf die Ermäßigung gibt.

Neben dieser Eintragung wird den Vereinen von der Eisenbahndirektion eine Ausweisliste in Postkartengröße nach vorgeschriebenem Muster ausgestellt, die der Fahrkartenausgabe vorgezeigt werden muß. Diese müssen die Vorlegung der Ausweisliste von nun an verlangen.

Kinderversicherung nach Dänemark

Vom Internationalen Bund der Kriegsober wird und folgende geschrieben: Wie die dänische Bruderorganisation mitteilt, sind die Verhandlungen mit der dänischen Regierung betr. freier Fahrt auf den dänischen Bahnen und Einreiseerlaubnis leider noch nicht beendet. Die Abfahrt der Kinder wird sich deshalb etwas verzögern und höchstwahrscheinlich im Laufe der ersten Hälfte des Monats August erfolgen.

Schon heute ist festzustellen, daß das Elend der Kinder der Berliner Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ungeheuer groß ist. Trotzdem bisher nur 100 offene Stellen für die Aufnahme von Kindern gemeldet sind, haben sich schon mehrere hundert Eltern darum bemüht. Die Unterernährung schant allen Kindern schon aus dem Gesicht; es ist furchtbar schwer, eine richtige Entscheidung darüber zu fällen, welche Kinder berücksichtigt werden sollen. Erziehungsberechtigte sind sie alle. Ein Gefühl der Ohnmacht steigt auf, wenn man die abgemagerten Körper sieht, denen man recht gern helfen möchte und es doch nicht kann. An dieser jungen Generation können wir es erit erkennen, wie ungewöhnlich der kapitalistische Raubkrieg gewirkt hat. Wir wollen hoffen, daß wir im nächsten Jahr die Zahl derer vervielfachen können, denen durch die Wohlwille anderer Bruderorganisationen, die der Internationale der Kriegsober angegeschlossen sind, die Gesundheit wenigstens zum Teil aufgebeßert werden kann.

Kugensengen, die gehen haben, wie am Donnerstag, den 27. Juli, abends 7½ Uhr, in der Mühlentstraße, Ecke der Fruchtstraße ein kleines Mädel überfahren wurde, werden gebeten, sich bei Oberst, Friedrichselder Straße 14, vorn 4. Etage, zu melden.

Großhandelspreise in Berlin

Die Preise verstehen sich für 50 Kg. frei Haus Groß-Berlin, soweit nicht auf Grund des Ortsgebrauchs Roggen berechnet wird. Weizenararaven, lose 2075—2150, Weizenararabe, lose 2075—2115, Okerfloden, lose 2525—2575, Okerarabe, lose 2575—2600, Kartoffelmehl 2650—3000, Weizenmehl, lose 1900—2000, Weizenmehl 1750—1850, Weizenmehl 1550—1650, Weizenmehl, lose 3000—2400, Weizenmehl, lose 3250—3350, Weizenmehl, lose 2650—2750, Hirsa-Mehl 2725—2825, afri. Tafelmehl 2725—2800, grober Brudermehl 2275—2500, Weizenmehl, lose 2900—2400, Weizenmehl, lose 1800—2200, Ringapfel, amerik. 18 050—18 550, gett. Aprikosen, cal. 22 150—22 350, gett. Birnen, cal. 14 700—14 920, gett. Pflirsche, cal. 10 350—10 670, gett. Pflaumen 4875—4995, Korinthen, 1921er Ernte 9100—9200, Rosinen, kisp. arab. 1921er Ernte 8525—8630, Sultaninen in Risten 1921er Ernte 18 500—18 900, Mandeln, bittere 10 500 bis 10 700, Mandeln, süße 19 000—19 250, Kameel 19 300—19 500, Kammeln 12 435—12 540, Schwarzer Pfeffer 11 945—12 060, Weißer Pfeffer 14 725—14 800, Kaffee superior roh 18 500 bis 18 800, Kaffee prime roh 17 900—18 400 M.

Parteiübungen. Der Genosse Wilhelm Beckmann, Türschindlerstraße 48, kann heute auf eine 25jährige Parteizugehörigkeit blicken. — Der Genosse Paul Haack in Weihensee, Gäßlerstraße 7, gehört heute der Partei 30 Jahre an. Er hat in allen Stürmen der Arbeiterbewegung seinen Mann gestanden und stets als Funktionär seine Pflicht erfüllt. — Zur gleichen Zeit feiert der Genosse Robert Neumann in Weihensee, Charlottenburger Straße, Ecke Hoelderstraße, sein 45jähriges Parteijubiläum. Genosse Neumann ist einer von den alten Genossen, die unter der Ausnahmestellung schwer zu leiden gehabt haben.

Der Männerchor Reinickendorf-Ork wird am Mittwoch, abends 7 Uhr, auf der Spielwiese im Schillerpark einige Arbeiter- und Volkslieder singen. Freunde des Gesanges sind eingeladen.

Bahnungsmitt Bedding. Vom 1. August 1922 ab werden die Sprechstunden im Bezirkswohnungsamt Bedding auf die Tage Montag, Mittwoch und Freitag von 9 bis 12 Uhr festgesetzt.

Nach ein schwerer Kraftwagenunfall ereignete sich gestern vormittag auf der Kreuzung Prinzessinnenweg-Friedrich-Karl-Straße in Wannsee. Hier riefen zwei Privatkraftwagen — I A 14594 — und I A 5905 — mit voller Gewalt zusammen und wurden erheblich beschädigt. Der Insasse des ersten Autos, der Fabrikbesitzer Otto Dagedorn, Wannsee, kleine Seestraße 4 wohnhaft, trug schwere innere Verletzungen davon. Von den Insassen des letzteren Autos, Mitgliedern einer Filmgesellschaft, erlitten der Hilfsregistrierer Hans Rautendorf einen Oberschenkelbruch, Frau Regisseurin Gumbach einen Rosenbeinbruch, zwei weitere Insassen Contabschürungen.

Der Tod unterwegs. In der gestrigen Nacht gegen 4 Uhr teilte ein Wächter der Polizei mit, daß in dem Haupteingang des Kriminalgerichtsgebäudes, Ecke Turmstraße und Alt-Moabit, ein Mann liege, der nur noch schwache Lebenszeichen von sich gebe. Man brachte den Bewußtlosen nach der Rettungswache, wo aber nur noch der inzwischen eingetretene Tod festzustellen werden konnte. Nach Ansicht des Arztes lag entweder eine Nitroin- oder Nitroglycerinvergiftung vor. Auf Grund vorgefundener Papiere wurde der Tote als der 25jährige Bureauvorsteher Karl H. aus der Straße Alt-Moabit identifiziert.

An den Urrechten gekommen. In der gestrigen Nacht gegen 1¼ Uhr überfiel der 22 Jahre alte Schneider Johann Trebinski aus Lichtensberg vor dem Hause Tasdorfer Straße 8 in Lichtensberg den 26 Jahre alten Schlosser Ernst Bauer und drang mit einem Messer auf ihn ein. Bauer wehrte den Angreifer ab. Als Schutzpolizisten erschienen, flüchtete Trebinski. Er wurde ergriffen und zur Wache gebracht. Der Täter trug einen Schnittwund in der Taille mit der Notiz „Messer-Attentat eines Betrunkenen“. In der Notiz wird mitgeteilt, daß T. bereits vor einigen Tagen einen Überfall mit dem Messer beangangen hatte.

Bis auf das Hemd angezogen. In der vergangenen Nacht gegen 11¼ Uhr wurde der 43 Jahre alte Arbeiter Johann Jansenki, der sich hier auf der Durchreise aufhielt, auf dem Hofe der Wäckerberge, Krautzstraße 38, in sinnlos betrunkenem Zustand aufgefunden. Noch unbekannt Täter hatten ihn bis auf das Hemd ausgeplündert.

Gewerkschaftliches

Bevorstehender Streik bei der Hochbahn?

Vom Deutschen Verkehrsbund wird und geschrieben: Zur Beilegung der Lohnstreitfrage bei der Berliner Hochbahn wurde der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin angeufen, der am Freitag, den 28. Juli, unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichts-Direktors Dr. Töhl-tagte.

Der gefällte Spruch besagt in seinem ersten Teil, daß bis zum Ablauf neuer Reichsmantelstarifverträge der alte Zustand bestehen bleibt. Auf die geforderte Nachzahlung für Monat Juli und die gestellte Lohnforderung für Monat August besagt der Spruch, daß zu den im Juli 1922 gezahlten Lohnsätzen ein Stundenzuschlag gewährt werde von je 8.— M. für Vorbandwerker, Handwerker, Borarbeiter, angelernte und ungelernete Arbeiter, von je 6,75 M. für Portiers und Telefonisten, 5,75 M. für Arbeiterinnen von über 18 Jahren, 4,75 M. für unter 18 Jahre alten Arbeiterinnen, 7,75 M. für die Gruppe 1—4 des Verkehrspersonals, 5,25 M. für die Gruppe 5 und 7, 7,25 M. für die Gruppe 6 und 3,75 M. für die Gruppe 8 des Verkehrspersonals. Alle übrigen Zulagen bleiben unverändert bestehen. Durch die vorstehenden Zuschläge für August 1922 soll auch ein Ausgleich für die durch die vereinbarten Zulagen nicht berücksichtigte Teuerung des Juli erreicht sein.

Demnach bezieht jetzt der ungelernete Arbeiter über 24 Jahre im August 36,75 M., der angelernte Arbeiter 27,25 M., der Vorarbeiter 27,75 M., der Handwerker 28,25 M., der Vorbandwerker 29,25 M., Portier und Telefonisten 24,75 M., Arbeiterinnen über 24 Jahren 19,20 M. und jugendliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren 18,15 M.

Dem männlichen Verkehrspersonal brachte der Spruch nur eine Stundenzulage von 7,75 M. oder monatlich 1612.— M. Demnach erhält nach fünfzehnjähriger Dienstzeit der Hauptführer 5618.— M., die Gruppe Hauptführer 5500.— M., die Gruppe Hauptleiter 5514.— M., die Gruppe Hauptleiter 5492.— M., die Gruppe Dienstanwärter und Ausbilder wurde wiederum schlechter gestellt, sie erhält eine Zulage von 7,25 M. für die Stunde oder monatlich 1508.— M., also ein monatliches Gehalt von 3270.— M. Die Fahrkartenausgeberinnen, Dienstanwärterinnen und Ausbilderinnen erhalten eine Zulage von 5,25 M. für die Stunde oder monatlich 1092.— M., das monatliche Gehalt der Fahrkartenausgeberinnen beträgt also nach 6 Jahren Dienstzeit 4128.— M. Das Gehalt der Dienstanwärterinnen beträgt 3988.— M., somit beträgt der Stundenlohn 18,90 M.

Mit diesem Schiedsspruch beschäftigen sich am Sonntag, den 30. Juli, in der Vorkammer, Rüdigerstraße, tagenden Vorkammerung, die Funktionäre. Nach Würdigung aller Umstände lehnten die Funktionäre den Spruch, soweit die Lohnzulagen in Betracht kommen, ab, da er weit hinter den Bedürfnissen der Zeit und der Forderung zurückbleibt. Der Spruch berücksichtigt nicht einmal die Löhne, die der Staat und die Stadt Berlin ihren Arbeitern zahlt. Die Differenz beträgt mit der im Staat und bei der Stadt Berlin gezahlten höchsten Lohnzulage im August bei dem technischen Personal im Durchschnitt 2,50 M. pro Stunde.

Die Funktionäre empfahlen der am Sonntag, den 30. Juli, in der Vorkammer, Rüdigerstraße, tagenden Vorkammerung, die Ablehnung. In der sehr auf befürchteten Vorkammerung und die Verhandlungskommission durch den Vertreter des Deutschen Verkehrsbundes eingehend Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeiterverband sowie über die vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin. Sie empfahl die von den Funktionären gefasste Resolution, die besagt, daß am Dienstag, den 1. August, die Urabstimmung über den Spruch stattfinden soll. Sollte der Spruch abgelehnt werden, so haben die in Frage kommenden Organisationen den Zeitpunkt des Streiks zu bestimmen und die Vorarbeiten so schnell wie möglich durchzuführen, damit der Streik unverzüglich beginnen kann. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Mit dem Appell einig zu sein und den bevorstehenden Kampf einmütig durchzuführen, schloß die Verhandlung.

Die Lage des Arbeitsmarkts

In der Zeit vom 1. Juni zum 1. Juli 1922 ist die Zahl der unterstützten Vollerwerblosen im Reich von 28 700 auf 19 900 zurückgegangen. Bei den männlichen Vollerwerblosen ist eine Abnahme von 20 100 auf 14 000, bei den weiblichen von 8 500 auf 5 900 erfolgt. Die Zahl der Aufnahmepfänger (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen der Vollerwerblosen) ist von 35 900 auf 25 800 gesunken. Zu berücksichtigen ist bei diesen Werten, daß sie nur die unterstützten Erwerblosen umfassen, und daß nach den geltenden Bestimmungen nicht alle Erwerblosen Unterstützung erhalten. Immerhin lassen die Zahlen deutlich erkennen, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf einem Tiefpunkt angelangt ist, wie er auch in der Vorkriegszeit nicht häufiga gewesen ist. Die Entwicklung steht im engsten Zusammenhang mit dem Niedergang der Valuta, der die Wareneinfuhr aus dem Auslande immer mehr einschränkt, auch den Rohstoffverbrauch von dort fortwährend vermindert und mit dessen zur Erzeugung im Inland unter Neureinbau von Arbeitskräften zwingt (sogenannte verheilterte Arbeitslosigkeit). Auch begünstigt der Valutastand den Verkauf deutscher Erzeugnisse nach dem Auslande, teilweise zum Nachteil der deutschen Verbraucher. Die ganze Entwicklung muß, wenn auch die Verminderung der Erwerblosenwahl an sich erfreulich ist, als durchaus ungesund bezeichnet werden.

Russische Gewerkschaftsbewegung

(323.) Für die Arbeitsbedingungen in der russischen Gewerkschaftsbewegung ist folgender Notiz der Kommunistischen Gewerkschafters Posnanski in den Odeskauer „Nowojisja“ charakteristisch: „Wenn man offen gegen die bürokratischen Verzerrungen auftritt und energig Maßnahmen zur Besserung der Lage der Arbeiter verlangt, kommt man leicht in den Versuch eines unruhigen und unbilligen Genossen. Da an der Spitze unserer Wirtschaftsdorgane oft sehr verantwortliche Genossen stehen, wird die Kritik an ihren Handlungen oft als „partei-feindlich“ ausgelegt, was bestimmte Einwirkungen nach sich zieht. Es muß für die Gewerkschaftsfunktionäre eine solche Atmosphäre in den Gewerkschaften geschaffen werden, die ihnen die Möglichkeit neben sich, aktiv gegen die bürokratischen Auswüchse vorzugehen.“ Wie muß es in den russischen Gewerkschaften ansehnen, wenn selbst ein offizielles Sowjetorgan sich aendigt sieht, diesen Notizen eines kommunistischen Gewerkschafters zu veröffentlichen.

Die Tarifsätze der Berliner Metallarbeiter

Wie uns das Büro der Berliner Ortsverwaltung des D. M. B. mitteilt, haben die Tarifverhandlungen über Erhöhung der Tarifsätze nicht stattgefunden, da der D. M. B. J. und das Reichsarbeitsministerium eine Verhandlung ablehnten. — Die Lohnverhandlungen über die Tarifsätze für Monat August haben in der ersten Besprechung zwischen den Parteien zu keiner Einigung geführt. Am Dienstag, den 1. August werden die Verhandlungen endgültig fortgeführt.

Mitglieder des Arbeiterverbandes. Aus der „Roten Fahne“ ist zu ersehen, daß sich seit längerer Zeit eine schlagfertige Organisation innerlich unerer Organisation gebildet hat. Dadurch wird nicht nur die bisherige Geschlossenheit der Organisation gefährdet, sondern der Bestand der Zahlstelle überhaupt in Frage gestellt. Um die Zerstückelung innerhalb der Zahlstelle zu vermeiden, ist es notwendig, daß sich alle U.S.P.D. und S.P.D.-Kollegen und Kolleginnen mit allen denen die Einheit der Gewerkschaft höchstes Gut ist, zusammenschließen. Wohl stehen wir auf dem Standpunkt, daß eine Bildung von Fraktionen überflüssig ist, wenn alle Mitglieder auf dem Standpunkt stehen, die Gewerkschaft darf nicht zum Tummelplatz einer politischen Partei oder zur Austragung parteipolitischer Gegenstände mißbraucht werden. — Wir eruchen darum alle, die sich mit unseren Ansichten eins fühlen, zu einer Zusammenkunft, die am Dienstag, den 1. August, abends 6 Uhr im „Rosenthaler Hof“ Rosenthaler Str. 11—12 stattfindet, zu erscheinen. Partei-ausweis ist mitzubringen. Eingeladen sind auch die Kollegen die keiner Partei angehören, aber dennoch die kommunistischen Treibeireien innerhalb unserer Zahlstelle verurteilen. — Mehrere Kollegen der Zahlstelle Berlin.

Kimmerer. Am Donnerstag, den 3. August 1922, nachmittags 3 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 5, eine Versammlung sämtlicher Plak- und Bandenleiter des Koch-, Beton- und Tiefbaugewerbes sowie sämtlicher Fabrikbetriebe statt. Da es sich um äußerst wichtige Angelegenheiten handelt, ist es unbedingt notwendig, daß jede Arbeitsstelle durch ihren Vertrauensmann vertreten ist. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Verbandsbuch sowie Betriebsratsausweis legitimiert. Der Vorstand.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Am Sonntag, den 5. August, von 12—5 Uhr, findet die Urabstimmung über die Erhöhung der Lokalbeiträge in den befallenen Lokalen statt. — Am Mittwoch, den 16. August, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Her 25, Saal 3, Vierteljahrs-Generalsversammlung. Anträge hierzu müssen bis Freitag, den 4. August, in den Händen der Verwaltung sein. Die Ortsverwaltung.

Die Lebens- und andere Versicherungen der amerikanischen Gewerkschaften. Die dem amerikanischen Gewerkschaftsbund (American Federation of Labor) angeschlossenen „nationalen“, d. h. über die ganze Union ausgedehnten Gewerkschaften, haben im letzten Jahr laut dem auf der kürzlich abgehaltenen Jahresversammlung erhaltenen Bericht folgende Versicherungsbeiträge an ihre Mitglieder ausgezahlt: Bei Todesfällen von Mitgliedern 1 145 724 Doll., bei Todesfällen von Frauen der Mitglieder 65 962 Doll., an Krankenunterstützungen 1 305 048 Doll., an Altersversicherungen 30 712 Doll., an Krankenversicherungen 2 082 Doll., an Arbeitslosenversicherungen 605 280 Doll., insgesamt 3 154 817 Doll. — Bei diesen Beträgen handelt es sich nur um die von den „nationalen“ Gewerkschaften ausgezahlten Summen. Viele lokale Gewerkschaften verfügen über eigene Kranken- und Sickerbefassen, deren Auszahlungen sich auf ein Mehrfaches der oben genannten Summen belaufen.

Parteiveranstaltungen

Mittwoch, den 2. August.

1. Verwaltungsbereich 4. Bezirk (Wilmers). Die Bezirksleitung werden ersucht, bestimmt abends 7½ Uhr bei Frau Wolf, Salmstraße 36 a, zu erscheinen. Die Zusammenkünfte von der Bezirksleitung werden zeitlich abgeändert. Mitglieder sind willkommen.
2. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
3. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
4. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
5. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
6. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
7. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
8. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
9. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
10. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
11. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
12. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
13. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
14. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
15. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
16. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
17. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
18. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
19. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
20. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 3. August.

1. Verwaltungsbereich 4. Bezirk (Wilmers). Die Bezirksleitung werden ersucht, bestimmt abends 7½ Uhr bei Frau Wolf, Salmstraße 36 a, zu erscheinen. Die Zusammenkünfte von der Bezirksleitung werden zeitlich abgeändert. Mitglieder sind willkommen.
2. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
3. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
4. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
5. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
6. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
7. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
8. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
9. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
10. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
11. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
12. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
13. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
14. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
15. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
16. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
17. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
18. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
19. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
20. Bezirk, Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Vereinskalender

Dienstag, den 1. August.

1. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
2. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
3. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
4. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
5. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
6. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
7. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
8. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
9. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
10. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
11. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
12. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
13. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
14. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
15. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
16. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
17. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
18. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
19. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
20. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 2. August.

1. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
2. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
3. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
4. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
5. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
6. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
7. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
8. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
9. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
10. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
11. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
12. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
13. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
14. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
15. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
16. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
17. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
18. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
19. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
20. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 3. August.

1. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
2. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
3. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
4. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
5. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
6. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
7. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
8. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
9. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
10. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
11. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
12. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
13. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
14. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
15. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
16. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
17. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
18. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
19. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.
20. Deutscher Arbeiterararver. Die Arbeiter treffen sich nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen!

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Unterzeichneter bestellt hiermit vom

1 Exemplar der einmal täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit“

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands mit den

Unterhaltungsbeil. „Freie Welt“, „Frauenwelt“ u. „Jugend-Genosse“

zum Preise von monatlich 20.—, halbmönatlich 35.— Mk. bei freier Zustellung ins Haus.

Name: _____ Straße: _____ Nr.: _____

(Name deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: name, haus, str., nummer)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin NW, Kronprinzen-Ufer 27 I, im Kuvert als Drucksache, einzusenden.